

Satzung
über die Form der öffentlichen Bekanntmachung und der ortsüblichen Bekanntgabe
(Bekanntmachungssatzung)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 14. Juni 1999 (Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 13/1999, Seite 347) und § 2 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Form kommunaler Bekanntmachungen (Kommunalbekanntmachungsverordnung – KommBekVO) vom 19. Dezember 1997 (Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 1/1998, Seite 20) hat der Stadtrat der Stadt Herrnhut am 01. Februar 2001 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Öffentliche Bekanntmachung

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Herrnhut erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, durch Einrücken in das Amtsblatt „kontakt“ für Herrnhut mit Ruppersdorf, Berthelsdorf mit Rennersdorf, Großhennersdorf, Strahwalde, die Verwaltungsgemeinschaft und den Abwasserzweckverband „Oberes Pließnitztal“.

Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblattes „kontakt“.

§ 2

Ersatzbekanntmachung

(1) Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten Bestandteile einer Rechtsverordnung oder Satzung werden sie dadurch öffentlich bekannt gemacht, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Rechtsverordnung oder Satzung umschrieben wird,
2. sie im Foyer, Erdgeschoss des Rathauses, Stadtamt Herrnhut, Löbauer Straße 18 zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden für die Dauer von mindestens 2 Wochen niedergelegt werden und
3. hierauf bei der Bekanntmachung der Rechtsverordnung oder Satzung hingewiesen wird.

(2) Absatz 1 gilt für sonstige öffentliche Bekanntmachungen entsprechend.

§ 3

Ortsübliche Bekanntmachung

Die ortsüblichen Bekanntmachungen erfolgen nach den Bestimmungen über die öffentliche Bekanntmachung gemäß § 1 dieser Satzung.

§ 4

Ortsübliche Bekanntgabe

Die ortsübliche Bekanntgabe erfolgt nach den Bestimmungen über die öffentliche Bekanntmachung gemäß § 1 dieser Satzung.

§ 5

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung und der ortsüblichen Bekanntgabe (Bekanntmachungssatzung) der Stadt Herrnhut vom 10. März 1994 außer Kraft.

Herrnhut, den 02. Februar 2001

(Siegel)

.....
Bürgermeister

Heilungshinweis:

Für die vorstehende Satzung gilt die Sächsische Gemeindeordnung in der Fassung vom 14. Juni 1999, § 4 (4).

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten 1 Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister den Beschluss nach § 52 (2) wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Herrnhut, den

Fischer
Bürgermeister